



Zum 1. Mai 2009

Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem und mehr Frauen an die Spitze – gerade wegen der Krise!

Julia Gerber Rüegg

Präsidentin des Zürcher Gewerkschaftsbundes und Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz

Seit 1890 gedenken die sozialen Bewegungen auf der ganzen Welt am 1. Mai dem Kampf der Arbeiterinnen- und Arbeiter-Bewegung für den Achtstundentag. Ein Kampf der 1886 in Chicago mehrere Tote und Hunderte von Verletzten gefordert hat. Seither haben Generationen von Arbeiterinnen und Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen, eine solide Sozialpartnerschaft und soziale Sicherheit gekämpft, gelitten, persönlich viel riskiert und dafür bezahlt.

Die Arbeiterinnen haben diesen Kampf immer mitgetragen. Das kommt weder in den Medien von damals noch in den Geschichtsbüchern von heute angemessen zum Ausdruck. Bereits 1928 haben die Frauen sich eine eigene Plattform geschaffen. Sie forderten Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnabschläge, eine Senkung der Lebensmittelpreise und eine regelmässige [Schulspeisung](#) der Kinder.

Heute sind, wie damals die Frauen der Arbeiter, die meisten Frauen berufstätig. Auch für ihre Erwerbstätigkeit gilt heute der Achtstundentag. Allerdings sind die meisten nur teilzeitlich angestellt. Dafür wartet nach dem Job im Büro oder im Verkauf die Familien- und Hausarbeit, denn diese lastet noch immer hauptsächlich auf Frauenschultern. Die Folge dieser Arbeitsteilung ist eine hartnäckig immer noch anhaltende Lohndiskriminierung von 20 Prozent und eine geschlechterabhängig blockierte berufliche Entwicklung. Von einem Achtstundentag oder von tatsächlicher Chancengleichheit kann also noch keine Rede sein.



Diese Zustände sind die Folge eines bürgerlichen Ideals, das Männer der Öffentlichkeit sowie den Führungspositionen und Frauen dem privaten Umfeld und der Familie zuordnet. Die Spitzen der Unternehmen, der Parteien, der Gewerkschaften und der grossen Medien - kurz: Männer - entscheiden über den Gang der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft. Auch wenn sich ganz langsam eine Trendwende abzuzeichnen beginnt, das antiquierte Rollenbilds hält sich noch immer hartnäckig in den Köpfen und hinterlässt seine Spuren, wie die Statistiken unzweifelhaft belegen. Solange die Mehrheiten in der Politik, an den Gerichten und in den Chefetagen der Wirtschaft männlich bleiben, wird die tatsächliche Gleichstellung nicht richtig vorankommen.

Auch die Wirtschaftskrise ist das Produkt der auf schnelle Gewinne ausgerichteten Männerentscheide. Frauen haben keine Lust, für diese Krise stillschweigend zu bezahlen. Gerade in der Bewältigung der Krise wollen Frauen mehr mitreden als bisher. Denn die Gleichstellung ist nicht nur ein Recht, sondern auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der ein nachhaltiges Wachstum ermöglicht. Mehrere Studien beweisen es: Je mehr Frauen im Kader eines Unternehmens tätig sind, desto weniger ist der Börsenkurs seit Anfang Jahr gesunken. Und je geschlechterdurchmischter ein Verwaltungsrat zusammengesetzt ist, desto besser sind die Resultate. Nicht weil Frauen die besseren Menschen sind, sondern weil die Unterschiedlichkeit und die Diversität zum Erfolg führt. Sich jetzt zuerst um die Wirtschaftskrise und erst dann um die Gleichstellung kümmern zu wollen ist falsch, Jetzt gehören mehr Frauen an die Spitze– auch an den 1.Mai-Kundgebungen!

Auch wenn der Einsatz der Linken die Gleichstellung bisher erst ungenügend vorangebracht hat und auch nicht verhindert werden konnte, dass die Lohnschere in den letzten zwei Jahrzehnten immer weiter aufgegangen ist, die Renditen an den Finanzmärkten massiv stärker wuchsen als die Löhne und Spekulanten die Substanz der Firmen ausgehöhlt haben, war der Kampf nicht umsonst. AHV, 5-Tage-Woche und bezahlte Ferien, Arbeitslosenversicherung und Sozialpartnerschaft sind heute selbstverständlich – vorläufig noch.



Werden diese Errungenschaften die Krise der Finanzmärkte unbeschadet überstehen?

Der erste Hinweis, dass dem nicht so ist, zeigt der Beschluss der bürgerlichen Parlamentsmehrheit in Bern, die Renten wegen der schlechten Verfassung der Kapitalmärkte zu kürzen und damit die kleinen Leute für die Krise zahlen zu lassen. Dies, nachdem ein Rettungspaket für die für die Krise verantwortlichen Grossbanken geschnürt wurde. Da gibt es nur eine Antwort: Nein, wir bezahlen eure Krise nicht! Diesen Sozialabbau als Folge der Krise werden wir an der Urne ablehnen.

Den ruchlosen Tanz um das goldene Kalb zu beenden und ein Wirtschaftssystem zu schaffen, das den Menschen und seine Arbeit – nicht nur die bezahlte – in den Mittelpunkt stellt, das ist die grosse Herausforderung für die Linke in den kommenden Monaten und Jahren. Stellen wir der Macht des Kapitals das gemeinsame Interesse aller Lohnabhängigen, Frauen wie Männer, gegenüber, um ein Wirtschaftssystem zu schaffen, welches Gleichberechtigung, Solidarität und Menschenwürde ins Zentrum stellt.